

Bis zum letzten TROPFFEN

Hamburg (L.) bezieht etwa zwölf Prozent seines Trinkwassers aus dem Grundwasser der Lüneburger Heide

GETTY IMAGES/VENTURA CARMONA

GETTY IMAGES/WESTEN91

D

Bachläufe, die trockenfallen, sinkende Grundwasserpegel: So wie in der Lüneburger Heide wird in vielen Regionen in Deutschland das Wasser knapp. Schon jetzt gibt es zunehmend Streit zwischen Stadt und Land um die überlebenswichtige Ressource. Regionale Stresstests sollen Klarheit bringen

Der Regen hat sich an diesem Tag gerade gelegt, als Gerhard Schierhorn im Norden der Lüneburger Heide durch schmatzenden Matsch und saftige Moose stapft, in eine Senke steigt und sagt: „Uns wird hier das Wasser geraubt.“ Schierhorn steht in einem Bachbett zwischen Buchenblättern, in dem selbst im Frühjahr, wenn überall im Land die Flüsse über die Ufer schwappen, nicht einmal ein Rinnsal fließt. Einige Schritte weiter, den kleinen Hang wieder hinauf, wippt er in den Knien: „Auch hier müsste ich eigentlich einsinken.“ Der Boden unter ihm bleibt starr.

VON VERENA MÜLLER

Gerhard Schierhorn ist Kommunalpolitiker im Landkreis Harburg und Vorsitzender der Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide. Seit mehr als 40 Jahren setzt sich der 66-Jährige mit Klagen, Plakaten und offenen Briefen dafür ein, dass seine Heimat nicht austrocknet. Das nahe gelegene Hamburg zapft über 38 Brunnen und eine Fernleitung einen Teil seines Trinkwassers aus der Heide, aktuell rund 16 Millionen Kubikmeter im Jahr. Seitdem, so der Vorwurf, fallen der Oberlauf der Este, auf deren Grund Schierhorn jetzt steht, und andere Gewässer der Region ganz oder zeitweise trocken. Den umliegenden Mooren, Wäldern und Feuchtwiesen, wo seltene Orchideen wachsen, fehle zunehmend die Flüssigkeit. Und die Zahlen der Wasserbehörde belegen es: Das Grundwasser ist in der Gegend seit den 1970er-Jahren um mehr als 1,5 Meter gesunken. Schierhorn sagt: „Trotzdem wollen die Hamburger noch mehr.“ Ihnen selbst bleibe immer weniger Puffer.

Die Nordheide ist eine von vielen Regionen in Deutschland, in denen Behörden und Landwirte, Anwohner und Industrie ums Wasser streiten. Der Vogelsberg im Osten Hessens ringt mit Frankfurt um die eigenen unterirdischen Reserven, der Landkreis Diepholz bei Bremen mit dem regionalen Wasserversorger, die Anwohner in der Lausitz mit dem Autobauer Tesla. Zwischen 2012 und 2021 haben die Auseinandersetzungen vor Gericht um Wasser im Vergleich zu den zehn Jahren davor in

fast allen Bundesländern zugenommen. Und diese Zahl könnte weiter steigen.

Die Bundesrepublik ist zwar ein wasserreiches Land. Doch die Menge an Grund- und Oberflächenwasser, das potenziell genutzt werden kann, geht laut Umweltbundesamt (UBA) zurück. Die Flusspegel sinken, weniger Grundwasser bildet sich neu. Der Bedarf hingegen steigt. Allein in der Landwirtschaft muss heute nach UBA-Angaben 36 Prozent mehr Fläche bewässert werden als noch vor zehn Jahren. Auch in den Haushalten wird seit einigen Jahren wieder mehr verbraucht. Um die Versorgung zu sichern, hat die Bundesregierung im März die Nationale Wasserstrategie beschlossen. Wasser soll dann, so steht es in dem 120-seitigen Aktionsprogramm mit seinen 78 Maßnahmen, auch vermehrt aus nassen in trockene

we sich bereits daran bedient. Denn im Wasserrecht gibt es Bagatelgrenzen. Landwirte oder Privatpersonen, die weniger als 1000 Kubikmeter Wasser im Jahr über den eigenen Brunnen angeben, müssen nicht nachweisen, wie viel es wirklich ist. Tim aus der Beek, Leiter des Bereichs Wasserressourcen-Management am IWW Rheinisch-Westfälischen Institut für Wasserforschung in Mülheim an der Ruhr, sagt: „Nur wenn man den exakten Überblick hat, kann man über die nächste Million Kubikmeter entscheiden.“ Der jahrzehntealte Streit in der Nordheide – er könnte sonst zur Blaupause für neue Verteilungskämpfe ums Grundwasser in Deutschland werden. Im Ernstfall, so sieht es die Bundesregierung in der Wasserstrategie vor, bedeutet das: Trinkwasser hat oberste Priorität, Feld und Fabrik müssen auf andere Quellen für Beregnung und Kühlung ausweichen. Neue Tiefststände in Rhein und Elbe könnten so zur neuen Normalität werden.

Gerhard Schierhorn parkt seinen Wagen zwischen der großen und der kleinen Scheune auf dem Hof von Landwirt Klaus-Detlef Kröger, einem seiner Unterstützer. Seit 16 Generationen lebt die Familie hier. Es könnte die perfekte Idylle sein. Doch am dicken Eichtisch und offenen Feuerplatz erklärt der 55-Jährige: „Das geht oft richtig an die Substanz.“ Kröger lebt unter anderem von der Forellenzucht, deren Teiche durch den Büsenbach gespeist werden. „Seitdem Hamburg das Grundwasser abpumpt, gibt es viel weniger Fische.“ Der Durchfluss in den naturnahen Becken sei gesunken, Sauerstoff müsse zusätzlich zugeführt werden. „Das alles kostet.“ Gemeinsam mit Schierhorns Nordheide-Verband und weiteren Klägern will er daher vor Gericht erwirken, dass die Hansestadt ihre Förderung drastisch drosselt. Der Betreiber Hamburg Wasser will sie stattdessen um gut zwei Millionen Kubikmeter steigern, die Metropole wächst. Die Ursache für die trockenen Bäche und Böden, so ein Unternehmenssprecher auf Anfrage, sei der Klimawandel, nicht die Nutzung.

Gebiete umgeleitet werden, zunehmend aus Reserven in der Tiefe. Neue Fernleitungen sind im Gespräch. Der Klimawandel verstärkt das Problem: Trockene Regionen werden trockener, steigende Temperaturen fordern mehr Wasser für die Felder, Wetterextreme machen Niederschläge unberechenbar. Naturkatastrophen schädigen Wasserinfrastruktur und verseuchen Grundwasser.

Hinzu kommt, oft wissen die Behörden gar nicht genau, welche Reserven überhaupt in der Tiefe stecken – und

130 Liter

Trinkwasser verbraucht jede Person hierzulande täglich im Haushalt, vor allem für Körperpflege und Klospülung. Viele Jahre war der Bedarf gesunken, seit 2016 steigt er erneut an. In den heißen Sommern wird mehr gegossen – und im eigenen Pool gebadet.

Umweltforschung in Halle. 20 Jahre hat er im Nahen Osten geforscht, wo das Wasser schon lange knapp ist. Nie hätte er geglaubt, dass das in hiesigen Breitengraden so schnell zum Thema wird. Er sagt: „Wie viel Grundwasser ohne Schaden entnommen werden kann, ist eigentlich eine ganz simple Rechnung.“

Das Entscheidende dabei: Damit die unterirdischen Pegel nicht fallen, sollen höchstens rund 20 Prozent von dem entnommen werden, was regelmäßig von oben nachgefüllt wird. Grund dafür ist der sogenannte Basisabfluss. Das sind viele kleine Öffnungen in den unterirdischen Reservoirs, aus denen sich die Bäche und Moore speisen. Versiegt der, trocknen viele Gewässer aus. In einem Begleitpapier zur Wasserstrategie heißt es entsprechend, in „solch einem Fall ist mit einer Zunahme der Konkurrenz um Wassermengen zu rechnen.“ Siebert sagt: „Ob der Klimawandel oder das Abpumpen das Grundwasser sinken lässt, ist egal.“ Sind die Pegel zu niedrig, könne nicht noch mehr aus diesem Reservoir entnommen werden. Bei Fortdauer drohe der Boden zusammenzusacken, das unterirdische natürliche Leitungssystem langfristig seine Speicherfähigkeit zu verlieren. Regen könne schlechter versickern, weniger Grundwasser sich bilden. Ein Teufelskreis.

„Wir brauchen regionale Stresstests“, sagt daher Tim aus der Beek vom IWW-Wasserforschungsinstitut. Er berät Ver-

sorger, Industrie und Behörden, wie sich die Ressourcen vor Ort verteilen lassen. Für aus der Beek bedeutet das: „Der Wasserhaushalt in einem Einzugsgebiet muss viel kleinteiliger überwacht werden.“ Wie beim Hochwasser brauche es auch für die Pegel in der Tiefe mehr Messstellen, die ihre Daten in Echtzeit meldeten. Verfeinerte Modelle sollten genauere Vorhersagen zu Klima und Verbrauch liefern und ein exakteres Bild von der Geologie im Untergrund. Die zuständigen Ämter müssten viel präziser registrieren, was wirklich rausgeholt wird. „Viele kleine Entnahmen machen in der Summe schließlich auch viel aus“, sagt er. Ähnliches sieht die aktuelle Wasserstrategie auch vor: Künftig könne ein Niedrigwasserinformations-system bundesweit im Blick haben, wo gerade zu wenig Wasser vorhanden ist.

Aktuell arbeitet das UBA an einem regionalen Wassernutzungsindex. Niederschläge, Verdunstung und Abflüsse in die Gewässer sollen für die Landkreise zeigen, wer wem möglich Geber und Nehmer beim Ausbau von Fernleitungen und Verbundnetzen werden kann. Aber auch, wie sich Wasser sparen und bewahren lässt: Indem man Felder mit Tröpfchen statt mit Sprenkelanlage bewässert und trockenresistentere Sorten anbaut; die Industrie zu mehr Kreislaufwirtschaft anhält; weniger zupflastert, sodass Regen besser versickert.

64 Liter

Niederschlag pro Quadratmeter fielen im April im Schnitt bundesweit – zehn Prozent mehr als zwischen 1961 und 1990. Der Monat war damit erstmals seit 15 Jahren zu nass. Trotzdem konnte sich der Boden vielerorts nicht erholen.

Als Gerhard Schierhorn auf einer Lichtung zwischen hohen Buchen einen letzten Stopp einlegt, blickt er auf einen der Trinkwasserbrunnen, im Hintergrund das Wasserwerk, wo die Fernleitung beginnt. „Hamburg sollte erst mal seine Elbe nutzen“, sagt er. Andere bedienten sich ja auch an ihrem Fluss. Spree und Havel versorgen 60 Prozent der Berliner mit Trinkwasser, die Ruhr beliefert mehr als vier Millionen Menschen. Das Prinzip des sogenannten Uferfiltrats: In Brunnen in unmittelbarer Flussnähe wird das Grundwasser abgesaugt, Wasser aus dem Fluss strömt unterirdisch nach. Auf dem Weg dahin reinigen es Gesteine und Mikroorganismen, im Wasserwerk folgen chemische Schritte. Als „durchaus gängige Alternative“ bezeichnet auch Geologe Siebert diesen Weg. Die Anlagen baue man aber „nicht mal ebenso“, das sei teuer und aufwendig. Zapfe man außerdem bei ohnehin niedrigen Pegeln im Sommer die Flüsse zusätzlich an, erwärmen sie sich weiter, die Konzentration giftiger Stoffe steigt. Was dann im Extremfall droht, zeigte sich im vergangenen Sommer an der Oder, als mehr als 190 Tonne Fische starben. „Grundwasser“, so ein Sprecher von Hamburg Wasser dazu, „hat nicht umsonst einen derart hohen Wert als unverschmutztes Superreservoir.“

Wie der Streit in der Nordheide weitergeht, zeigt sich womöglich im Sommer. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg könnte zum Präzedenzfall werden. Denn es wird auch darum gehen, wie unverrückbar die vereinbarten Mengen sind. Heideverein und Landkreis wollen sich eine mögliche Nachjustierung vorbehalten, je nachdem, wie sich Eigenbedarf und Klima entwickeln. Hamburg Wasser plädiert für eine verbindliche Regelung, um besser planen zu können.

Kommunalpolitiker Gerhard Schierhorn wirkt erschöpft. „Ich kann den Klimawandel nicht aufhalten“, sagt er. „Ich kann nur darum bitten, uns weniger Wasser wegzunehmen.“ Immerhin, einen Erfolg will er für seinen Verband verbuchen. Die Hanseaten verfügten seit 2004 über ordentliche Kaltwasserzähler in ihren Haushalten. Vielleicht, so Schierhorn, macht sie das ja noch ein bisschen sparsamer.